

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 103 (2023)
Heft: 1103

Artikel: Wie eine effiziente und faire Schweizer Energiepolitik aussehen würde
Autor: Otto, Marc-Felix
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1050438>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie eine effiziente und faire Schweizer Energiepolitik aussehen würde

Der Energiemarkt braucht nicht mehr, sondern weniger Staat. So kann die Versorgung gesichert und eine effiziente und umweltfreundliche Erzeugung und Verteilung von Energie gewährleistet werden.

von Marc-Felix Otto

Seit über einem Jahr befinden sich die europäischen Märkte für Strom und Gas in einem neuen Regime, mit Preisen, die das Vielfache der Werte aus den vorigen Jahrzehnten erreichen. Dazu beigetragen haben vordergründig drei Treiber: die Überalterung des französischen Kernkraftwerksparks, der kriegsbedingte Rückgang der Gaslieferungen aus Russland sowie zuletzt ein vergleichsweise niederschlagsarmer Sommer. Auch wenn die Preise im Dezember 2022 deutlich gesunken sind, wurden Strom- und Gaspreise in Europa zum wesentlichen Inflationsstreiber.

Die genannten Preistreiber sind allerdings nur Symptome eines tieferliegenden Problems, und dabei handelt es sich nicht, wie oft kolportiert, um ein sogenanntes Marktversagen. Denn der Raum, in dem der Markt überhaupt spielen kann, ist sehr eng. Zum einen füllen die nationalen und EU-weiten Gesetze, Verordnungen, Ausnahmeverordnungen, Ausführungsbestimmungen und dergleichen zum Energiebereich ganze Regale. Zum anderen sind viele massgebliche Akteure staatlich oder stehen unter starkem staatlichem Einfluss. Vielmehr sind es ständig wechselnde planwirtschaftliche Vorgaben sowie Akteure ohne «Skin in the Game» – die also die Folgen ihrer Entscheide nicht selber ausbaden müssen –, die massive Fehlallokationen von Kapital verursachen. Gemeinsam mit der Instrumentalisierung von Energie für Kriegszwecke entstehen strukturelle Engpässe, und diese führen letztendlich zu massiven Wohlstandsverlusten für die Verbraucher. Die Effizienzsteigerungen, welche die zaghafte Liberalisierung der Branche in den Neunziger- und Nullerjahren brachte, wurden durch diese Entwicklungen längst überkompensiert. Die aktuelle Krise sollte deshalb genutzt werden, um die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft grundsätzlich zu überdenken.

Günstige Energie als Erfolgsfaktor

Aus Schweizer Perspektive beginnen wir hierfür mit der Besinnung auf die bewährten Erfolgsfaktoren wie Verlässlichkeit und Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit und Dezentralität sowie Interessenausgleich und Fairness. Diese Erfolgsfaktoren kann man leicht überleiten zu den drei klas-

sischen energiewirtschaftlichen Zielen der Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit: Energie zeichnet sich typischerweise durch eine hohe Konsumentenrente aus. Das heisst, die maximale Zahlungsbereitschaft vieler Konsumenten liegt weit über dem langjährigen mittleren Marktpreis. Der Verbrauch reagiert damit nur schwach auf Preisänderungen, die Nachfrage ist weitgehend inelastisch – abgesehen von Extremsituationen wie der aktuellen. Eine sichere Versorgung gewährleistet diese Rente.

Günstigere Energie, die effizient und wettbewerbsfähig bereitgestellt wird, steigert die Konsumentenrente also unmittelbar. Wie alle wirtschaftlichen Aktivitäten bergen aber auch die Erzeugung sowie die räumliche und zeitliche Allokation von Energie die Gefahr schädlicher Nebenwirkungen, sogenannter negativer Externalitäten. Das Ziel der Umweltverträglichkeit – also geringer negativer Externalitäten – trägt dem Rechnung. «Umwelt» ist dabei breit definiert und schliesst durchaus auch die betroffenen Menschen ein.

Wie sind diese Ziele nun zu erreichen? Die *Versorgungssicherheit* erfordert grundsätzlich eine gewisse Redundanz, also Übervollständigkeit, bei den Erzeugungs- und Allokationsanlagen: Wenn ein grosses Kraftwerk, ein Speicher oder ein Teil des Netzes nicht funktioniert, darf deshalb nicht das Gesamtsystem ausfallen. Insbesondere ist die Versorgungssicherheit bei Ereignissen zu gewährleisten, die ausserhalb des nationalen oder regionalen Regelungsrahmens eintreten, wie etwa dem aktuellen Engpass beim Erdgas. Um die benötigte Redundanz zu finanzieren, empfiehlt sich das Erheben einer Versicherungsprämie, die all diejenigen zahlen, die eine möglichst unterbruchfreie Versorgung wünschen. Bereits heute gibt es teilweise Rabatte für Gasgrossverbraucher, die abschaltbar sind, weil sie statt mit Gas auch mit Öl feuern können. Dieses Konzept liesse sich problemlos erweitern bis hinunter zum Privathaushalt, der energetisch autark ist, sei es mit Dieselgenerator oder Photovoltaik und Batterie.

Generell gilt: Je stabiler der Regelungsrahmen ist, desto niedriger sind die Kapitalkosten und desto günstiger



«Die aktuelle Krise sollte genutzt werden, um die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft grundsätzlich zu überdenken.»

Marc-Felix Otto

Marc-Felix Otto, zvg.

lassen sich die benötigten Anlagegüter finanzieren. Dieses Prinzip dient auch der Erreichung des *Wirtschaftlichkeitszieles*. Die Stabilität des Regelungsrahmens erfordert wiederum dessen Unparteilichkeit. Es kann nicht die Aufgabe der Politik sein, zu bestimmen, mit welchen Technologien Primärenergie in elektrische, Wärme- oder kinetische Energie umgewandelt wird. Darüber können die Konsumenten selbst entscheiden. In der Praxis interessieren sich allerdings die meisten Konsumenten (noch) nicht für die Herkunft der Energie. Verspricht aber eine bestimmte Technologie einen Mehrwert in Bezug auf Herkunftsnachweise, kann dies schon heute entsprechende Investitionen fördern.

Es geht auch mit weniger Staat

Für das Wirtschaftlichkeitsziel sind ausserdem die möglichst weitgehende Entstaatlichung der Unternehmen sowie ein stabiles und fruchtbares Umfeld für technologische Innovationen wichtig. Oftmals wird dagegen der Einwand erhoben, dass eine Entstaatlichung die Versorgungssicherheit gefährden könnte. Dieses Argument ist

kaum nachzuvollziehen – die Verlässlichkeit physikalischer Anlagegüter hängt nicht von deren Eigentümerschaft ab. Vielmehr bestünde im oben dargestellten Versicherungsmodell ein Schadensersatzanspruch für die entsprechenden Konsumenten und damit ein wirtschaftlicher Anreiz für die privaten Energieproduzenten und -verteiler, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Der Vorteil der Privatisierung wiederum liegt darin, dass die Anreize, effizient zu wirtschaften, erhöht werden. Zudem sorgt sie dafür, dass die Risiken gemäss der Verantwortung zugeteilt werden – aktuell tragen hingegen letztlich Konsumenten und Steuerzahler sämtliche Risiken, auch solche, die sie nicht verursacht haben.

Was das Problem der Umweltverträglichkeit angeht, hat der britische Ökonom und Nobelpreisträger Ronald Coase bereits vor über sechzig Jahren gezeigt, dass sich negative Externalitäten bei klaren Eigentumsrechten, niedrigen Transaktionskosten sowie einer guten Informationslage auf privatrechtlicher Basis effizient internalisieren lassen. Zu welchem hohem Grad diese Voraussetzungen mit heutiger Sensorik- und Informationstechnologie er-

reicht werden, konnte sich Coase wohl nicht ausmalen. Dass sich eine von den Externalitäten betroffene staatliche Gebietskörperschaft als Sachwalterin ihrer Bewohner erklärt und mit den Verursachern eine Lösung aushandelt, könnte noch als verkraftbare Abkehr vom effizienten Lösungsansatz gelten. Wenn aber Verbote, Auflagen und Subventionen je nach politischer Mode verordnet werden, dient dies in erster Linie der – bewussten oder unbewussten – Machtakkumulation und nicht dem Wohl des Menschen und der Umwelt. Dass der Staat den Energiebereich «durchpolitisiert», ist indes kein neues Phänomen, sondern eine Entwicklung, die seit Jahrzehnten im Gang ist und an der selbst liberale Ikonen wie Margaret Thatcher, die in den 1980er-Jahren den streikenden Arbeitern in den Kohlebergwerken mit dem Ausbau der Kernkraft drohte, nicht unbeteiligt waren.

Ein aktuell wichtiger Spezialfall betrifft die Reduktion der Emissionen von Kohlenstoffdioxid, die für die Steigerung der globalen Durchschnittstemperatur um circa 1 Grad Celsius über die letzten 80 Jahre verantwortlich gemacht werden. Wie beispielsweise der US-Autor Alex Epstein aufzeigt, haben die vermuteten Auswirkungen der Emissionen noch nicht zu einer relevanten Schädigung des Menschen oder der Umwelt geführt: Die durch klimatische Extremereignisse verursachten Todesfälle sind beispielsweise in den letzten Jahrzehnten signifikant zurückgegangen. Es handelt sich vielmehr um ein potentiell künftiges Schadensereignis, also ein Risiko; diese Perspektive kommt generell auch in den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zum Ausdruck.

Rückstellungen für potentielle Schäden

Wer mit einem Risiko konfrontiert ist, sollte vor allem zweierlei Aufgaben bewältigen: Erstens sollte das Risiko reduziert werden, sofern die Kosten für die Reduktion gegenüber dem erwarteten Schaden gerechtfertigt sind. Zweitens sollten rechtzeitig Ressourcen zurückgelegt werden, um für künftige Schäden aufzukommen. Ersteres wird aktuell mittels der begrenzten Ausgabe von Emissionsrechten oder der CO₂-Steuer immerhin angestrebt. Allerdings suggeriert die fixierte Anzahl an Emissionsrechten eine vollständige Inelastizität der Scha-

densfunktion, was in der Realität nicht der Fall sein kann; eine analoge Schwäche besteht bei dem fixierten Preis der CO₂-Steuer.

Letzteres, also die Rücklage von Ressourcen, erfolgt dagegen gar nicht: Das Kapital, das bei den Auktionen der Emissionsrechte oder der CO₂-Steuer in die Staatskassen gespült wird, dient der Finanzierung von Konsum oder bestenfalls von Investitionen in energetische Effizienz.

Rückstellungen für potentielle Klimakatastrophen werden nicht gebildet. Bei einer fairen und effizienten Regelung müsste ausserdem das Kapital zurückgezahlt werden, falls die befürchteten Schadensereignisse nicht eintreten. Betrachtet man zusätzlich die zahlreichen Einzelverbote und -gebote, die mit «Klima» begründet werden, wird deutlich, dass wiederum in erster Linie Machtakkumulation angestrebt wird, nicht das Wohl von Mensch und Umwelt.

Der hier grob skizzierte Lösungsansatz ist weit entfernt vom Status quo. Hieraus liesse sich der Schluss ziehen, dass

eine Umsetzung nicht realistisch sei. Andererseits: Wenn die Analyse stimmt, besteht ein umso höherer und dringlicher Handlungsbedarf, gerade weil die Differenz zum Status quo so gross ist. ◀

«Betrachtet man die zahlreichen Einzelverbote und -gebote, die mit «Klima» begründet werden, wird deutlich, dass in erster Linie Machtakkumulation angestrebt wird.»

Marc-Felix Otto

Marc-Felix Otto

ist Partner bei The Advisory House AG in Zug, einer führenden Unternehmensberatung für die Energiewirtschaft in D/A/CH. Der promovierte Physiker war mehrere Jahre für McKinsey tätig, zuletzt als Engagement Manager. Er ist Mitglied im Stiftungsrat der Free Cities Foundation.